

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

14.7.1923 (No. 161)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
Stadtplatz 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3516.

Benannt
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. A. m. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juli 1923 4. — Einzelnummer 800. — Anzeigenpreise: 500. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Fernbestellungen tarifierter Rabatt, der als Kostentakt gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostückeln fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Das Echo der Erklärung Baldwins.

Die britische Regierung hat bei ihrer Auseinandersetzung mit Frankreich eine Regie befolgt, die dazu geführt hat, daß die beiden widerständigen Alliierten, eben Frankreich und Belgien, die Erklärung Baldwins zunächst in einem Sinne erörtern, der eine Fortführung ruhiger Verhandlungen wahrscheinlich macht. Ob diese Verhandlungen zu einem guten Ende führen werden, das bleibt allerdings noch immer eine offene Frage.

Die englische Staatskunst setzte mit ihrer Regierertätigkeit ein, als vor etwa 14 Tagen der konservative „Observer“ die alarmierende Mitteilung veröffentlichte, daß England zu Sonderaktionen schreiten werde, wenn Frankreich bei seiner bisherigen Haltung beharre. Dieser Artikel des „Observer“ wurde dann von der Londoner Presse aufgegriffen und in einer Weise kommentiert, die den Franzosen doch etwas auf die Nerven fallen mußte. Nicht nur die Blätter der Opposition, sondern auch andere Organe der konservativen Partei stimmten den Ausführungen des „Observer“ zu und unterstrichen dabei immer wieder die Wendung, daß England jetzt am Ende seiner Geduld angelangt sei.

Es mußte so der Eindruck entstehen, als ob England zu einem sehr scharfen Vorgehen entschlossen sei. Selbstverständlich war das britische Kabinett zu irgend einer brüskten Aktion, die den Zusammenbruch der Entente bedeutet hätte, keineswegs entschlossen. Ihr kam es vor allem darauf an, Frankreich den Ernst der Situation vor Augen zu halten und ihm im Bilde zu zeigen, wohin der Weg führen müsse, wenn es seine bisherige Politik fortsetze. Daß dabei die Organe der öffentlichen Meinung um mehrere Grade forscher auftraten, als das Kabinett selbst aufzutreten gewillt war, konnte nichts schaden, war im Gegenteil offenbar vom Londoner Kabinett beabsichtigt.

Die Wirkung, die diese Regierertätigkeit in ihrem ersten Teil in Paris ausgeübt hat, ist schwer festzustellen, da sich alsbald die offiziellen Stellen in Paris in Schweigen hüllten und auf Informationen der Presse verzichteten. Die Pariser Presse reagierte also auf die Warnungen aus England uneinheitlich. Einzelne nationalistische Blätter hoben mit sichtlichem Vergnügen den Fehdehandschuh auf. Dafür beobachteten dann aber die Zeitungen, die besonders gute Beziehungen zur französischen Regierung unterhalten, Zurückhaltung. Die französische Regierung beilegte sich, neue Besprechungen mit dem Londoner Kabinett anzunehmen. Und zweifellos sind bei diesen Besprechungen von französischer Seite aus Erklärungen abgegeben worden, die das Londoner Kabinett in der Absicht bestärkten, die Türe nicht ganz zuzuschlagen. — In Belgien aber wirkte die britische Presskampagne erschütternd. Und so ist es zu verstehen, daß heute die Erklärung Baldwins in Belgien geradezu als eine „Entspannung“ empfunden wird.

Der zweite Teil der diplomatischen Regierertätigkeit des britischen Kabinetts bestand also darin, abzuwiegen und mitzuteilen, daß das Londoner Kabinett einen Bruch der Entente nicht zu provozieren gedenke. Daraufhin übermühtige Freude im Lager der Pariser Chauvinisten. Die französische Regierung beteiligte sich aber an diesen Freudenfeste nicht, da sie ja bereits informiert war über das, was kommen mußte.

Die Erklärung des britischen Premierministers bildete den Abschluß und gleichzeitig den Gipfelpunkt der britischen Regierertätigkeit. Es wurde erreicht, was man erreichen wollte. Die wirklich verantwortlichen Staatsmänner der ganzen Welt wissen heute, daß England nicht mehr der Entwicklung der Dinge tatenlos zuschauen wird, sondern entschlossen ist, selbständig zu handeln, und zwar im Sinne einer Politik, die, da sie ernstlich die Wiedergesundung Europas bezweckt, der französischen Politik naturgemäß entgegengesetzt ist. Aber andererseits mußte doch auch wieder der freundschaftliche und persönliche Ton, in dem die Erklärung gehalten war, angenehm auf alle die Franzosen und Belgier wirken, die sich bereits auf eine Sprengung der Entente gefaßt macht hat.

Das hörbare Aufatmen des größten Teils der öffentlichen Meinung in Paris und Brüssel zeigt zur Genüge,

daß man den Ernst der Situation dort recht genau erkannt hat. Und wenn jetzt auch in der Pariser Presse recht scharfe Antworten auf die Erklärung Baldwins veröffentlicht werden, so bezweckt der hierbei zu beobachtende Aufwand an Energie zunächst nichts anderes als die Wahrung des sachlichen Standpunktes, den Frankreich bisher eingenommen hat. Eine Ablehnung der Erklärung Baldwins bezw. dessen, was sie in ihren Hauptpunkten besagt, ist von der Pariser Presse, geschweige denn von der Pariser Regierung, nicht ausgesprochen worden. Das ist einweilen die Hauptsache.

In der übrigen Welt, vor allem aber in Italien und in Amerika ist die Erklärung Baldwins mit Zustimmung und mit Genugtuung begrüßt worden. Und das britische Volk steht so gut wie geschlossen hinter der Politik seines Kabinetts. Baldwin kann also mit einer sehr starken Gefolgschaft in England und außerhalb Englands rechnen, wenn er sich ansieht, sein Programm in die Tat umzusetzen. Nachzutragen ist übrigens noch aus seiner Erklärung die Wendung, in welcher er feststellt, daß die Befehle fremden Gebietes mitten im Frieden, also die Ruhrbefehle, eine ungewöhnliche und bedauerliche Erscheinung sei, die so rasch als möglich wieder beseitigt werden müsse.

Der Entwurf der britischen Antwortnote soll schon in den nächsten Tagen den alliierten Regierungen übermittelt werden. Dann wird sich zeigen, ob die französische Politik zur Vernunft zurückkehren will oder nicht.

Das badische Gewerbeaufsichtsamt im Jahre 1922.

Sehen erscheint der Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes für das Jahr 1922. Er hat nur etwa noch den halben Umfang des früheren, was an der Rücksichtnahme auf die hohen Herstellungskosten liegt.

Im Berichtsjahr wurden 6483 gewerbliche Anlagen besichtigt, in denen 193 170 Arbeiter beschäftigt waren. In Hausindustriebetrieben wurden 588, in Handwerksbetrieben 165, auf Neubauten 1200, in Sand- und Kiesgruben 135 Besichtigungen ausgeführt. Außerdem hat der Gewerbeaufsichtsbeamte 1730 Besichtigungen in Betrieben mit zusammen 8386 Angestellten vorgenommen. Von den Besichtigungen fanden 20 Nachts und 28 Sonntags statt. Durch die ordentlichen Polizeibehörden wurden in 2095 Gast- und Schankwirtschaften mit 2834 beschäftigten Personen, zusammen 4893 Besichtigungen ausgeführt. Bei den Besichtigungen wurden 104 Unfallsuntersuchungen vorgenommen. Ein großer Teil der Unfälle — nämlich 770 von 2369 — wurde zur Vermeidung von Unfällen erlassen. Hierbei spielte der Schutz an Transmissionsen und Triebwerken mit 134 Unfällen und der Schutz an den besonders gefährlichen Holzbearbeitungsmaschinen mit 123 Unfällen eine besondere Rolle. Auch der Schutz der Metallbearbeitungsmaschinen — 80 Unfälle — und die Sicherung vor Explosionen und gefährlichen Stoffen — 84 Unfälle — verlangten besondere Aufmerksamkeit.

Daß trotz dieser dauernden Bemühungen immer noch nicht genügend geschieht und auch die Arbeiter selbst im Umgang mit Maschinen noch viel zu sorglos sind, zeigen die vielen immer wiederkehrenden Unfälle gleicher Art, so z. B. vor allem an den Transmissionsen, wozu der Bericht leider wieder einige Beispiele mitzuteilen hat. Auch sonst befinden sich unter den geschädigten Unfällen viele, die als Beispiele besonders der Aufmerksamkeit der Arbeiter zu empfehlen sind. Mehrere schwere Unfälle sind auf Fahrlässigkeit der Betriebsleiter zurückzuführen gegen die dann jedesmal strafrechtlich vorgegangen wurde. Die große Zahl von weiteren Unfällen zur Vermeidung gesundheitschädlicher Einflüsse — nämlich 702 — zeigt, daß das Gewerbeaufsichtsamt auch diesem Zweig seiner Tätigkeit große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Diese Unfälle zeigen aber auch zugleich, wieviel auf diesem Gebiete noch zu besorgen ist.

Sehr interessante Mitteilungen über gesundheitschädliche Einflüsse enthält der gewerbehygienische Sonderbericht. An Kohlenoxydvergiftungen sind leider wieder 2 Arbeiter gestorben, einer am Todestage einer Gießerei, der andere am Kaldbrennofen. Wichtig ist ein Gutachten über die Ungefährlichkeit der Grubenseuerung. Besonders umfangreiche Untersuchungen dienen der Feststellung über die Gesundheitschädigung durch den Staub in Lumpenfortierereien. —

Dem allgemeinen Schutze der Arbeiter dienen weitere 897 Auflagen, unter denen vor allem auf die 138 Auflagen für Betriebe, in denen über die zulässige Beschäftigungsdauer hin- und hergefahren wurde, hingewiesen ist. Nach dem Bericht gehören zwar die Klagen über Nichterhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in den größeren Betrieben zur Seltenheit. Dagegen schämen die kleineren Betriebe vor allem in ländlichen Bezirken nach dieser Richtung noch viel zu wünschen übrig zu lassen. Allerdings liegen in den ländlichen Bezirken durch die vielfach enge Verbindung gewerblicher Betriebe mit landwirtschaftlichen besonders schwierige Verhältnisse vor, denen nicht immer einwandfrei Rechnung getragen werden kann.

Durch die Früherlegung des Arbeitszeitbeginns in Bäckereien von 6 Uhr auf 5 Uhr soll in diesem Gewerbe eine Besserung in der Beachtung der gesetzlichen Vorschriften zu bemerken sein. Leider machte sich die sogenannte „Früharbeit“ immer noch unliebsam bemerkbar. Durch dieses nebenberufliche Arbeiten einzelner Arbeiter wird die Durchführung des Achtstundentages sehr erschwert; besonders das Handwerk hat außerordentlich darunter zu leiden. Eine gesetzliche Möglichkeit, um gegen diese Früharbeit vorgehen zu können, fehlt.

Besonders viele Ausnahmegenehmigungen von der Einhaltung des gesetzlichen Achtstundentages bedurften die Banken. Ihr Geschäftsumfang hat sich außerordentlich erweitert. Es fehlte an ausgebildeten Arbeitskräften, oder es genügte, was solche schließlich zu bekommen waren, der vorhandene Platz in den Arbeitsräumen nicht.

Schwierigkeiten in der Durchführung der Sonntagsruhe gab es scheinbar nur im Handelsgewerbe und auch hier nur in ländlichen Bezirken, wo vor allem die zerstreut wohnende Landbevölkerung nicht von der Gewohnheit, an den Sonntagen ihre Einkäufe zu machen, ablassen kann. An den Landesgrenzen traten Schwierigkeiten dann auf, wenn im Nachbarlande die gesetzlichen Bestimmungen weniger streng gehandhabt wurden als in Baden. Im allgemeinen hat aber die Sonntagsruhe jetzt auch im Handelsgewerbe Eingang gefunden.

Einen wertvollen Einblick gewährt der Jahresbericht in die Behandlung der Vaugesuche. Vauliche Änderungen in einem gewerblichen Betrieb bedürfen der amtlichen Genehmigung. Die Gesuche werden dem Gewerbeaufsichtsamt zur Begutachtung und Antragstellung von den Bezirksamtämtern übermittelt. Das Gewerbeaufsichtsamt, das von der Erkenntnis ausgeht, daß die gründliche Durchsicht der Vaugesuche sowohl dem Gesundheitsschutze wie auch dem Unfallschutze förderlich ist, hat dem auch im verflochtenen Berichtsjahre ausgiebig Rechnung getragen. 1522 Vaugesuche kamen ein, und zwar betrafen sie vorwiegend kleinere Neubauten. An erster Stelle ist beteiligt die Industrie der Maschinen- und Instrumente mit 345 Gesuchen, sodann die Industrie der Holz- und Schneidwaren mit 235 Gesuchen und weiterhin die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 215 Gesuchen. Eine nach den verschiedensten Gesichtspunkten gezielte Übersicht zeigt, wie umfangreich, und eingehend gerade diese Gesuche bearbeitet wurden. Die beantragten Auflagen erstreckten sich u. a. auf die Beschaffenheit der Fußböden, die Stockhöhe, die Tag- und Nachtbeleuchtung, die Belüftung, Heizung, Staub- und Gasbeseitigung, Güterbewegung, Auenthalts- und Waschräume, Aborte, Wasser- und Abwasserzuführung, Unfallverhütung, Feuerbereitschaft. Es war nicht immer leicht, die Forderungen, welche zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter gestellt werden mußten, durchzusetzen, besonders dann wenn dadurch Mehrkosten für die Betriebsanlage entstanden. Durch persönliche Besprechung mit dem Betriebsinhaber wurde aber meistens eine befriedigende Lösung gefunden. Das Gewerbeaufsichtsamt legt überhaupt Wert darauf bei der Bearbeitung der Vaugesuche der Industrie beratend zur Seite zu stehen und es ist gerade in diesem Zusammenhange sehr zu begrüßen, daß die Betriebsinhaber und die Architekten sich mehr und mehr daran gewöhnen, größere Entwürfe schon vor der endgültigen Festlegung dem Gewerbeaufsichtsamt zur Prüfung und Bearbeitung vorzulegen.

Die allgemeine Einführung der Betriebsvertretungen machte im Handelsgewerbe anfangs Schwierigkeiten, die jetzt aber zum größeren Teile überwunden sind. Trotzdem wurde hier wie auch im Gewerbe noch Betriebe ohne Betriebsvertretungen gefunden. Das Fehlen lag meistens an der Weigerung der Arbeiter oder Angestellten, das Amt eines Betriebsvertreters zu übernehmen, weil man die Scherereien vor allem mit jüngeren Arbeitnehmern scheute, die sich nicht genügend durch die älteren vertreten glaubten. —

Ein wichtiges Arbeitsfeld des Gewerbeaufsichtsamtes ist die Sorge für die Hausarbeiter. Die Erhebungen im Berichtsjahre ergaben etwa 5000 Hausarbeitsbetriebe in Baden. Bei seinen wichtigsten Arbeiten auf diesem Gebiete scheint das Gewerbeaufsichtsamt aber öfter auf Schwierigkeiten zu stoßen, besonders bei Durchführung der Krankenversicherung. Tarifliche Abmachungen für Hausarbeiter waren nur für einzelne Gewerbebezüge wie die Wärrindustrie, die Weberei, die Pelz- und Lederbearbeitung und die Kartonage-Industrie getroffen worden.

Es hat auch die Kinderarbeit gegenüber dem Vorjahre beträchtlich zugenommen. Die Schulkinder wurden mehr als früher zum Austragen von Zeitungen, bei Botengängen und zur Hausarbeit verwendet. —

Auch eine Zunahme der Streiks und Aussperrungen ist zu verzeichnen. Im ganzen wurden 1334 Betriebe mit 82 760 Arbeitern betroffen gegenüber 980 Betrieben und 32 180 Arbeitern im Vorjahre.

Interessant ist in dem Bericht die Erwähnung einer Eigenhandlungsgenossenschaft mit etwa 300 Mitgliedern aus den verschiedensten Berufsreisen, die Errichtung von Wohnbedestungen für ihre Mitglieder mit eigenhändiger Ausführung eines Teiles der Bauarbeiten bezweckt. Ähnlich zur Übernahme eines Geschäftsanteils sind die Genossen verpflichtet, je nach Fähigkeit und Bedarf 800 bis 1000 Arbeitsstunden zu leisten. Diese Leistung kann im Notfalle erhöht werden. Erst nach Erfüllung dieser Verpflichtungen kann der einzelne Genosse Anspruch auf Zuteilung einer Wohnung erheben, wobei seine Leistungen und die Dauer seiner Mitgliedschaft maßgebend sind. —

Gemäß dem bei den Landtagsverhandlungen vorgebrachten Wünsche, bei den Betriebsrätekonferenzen belehrende Vorträge aus den verschiedensten Gebieten der Gewerbeaufsicht zu halten, haben sich die Gewerbeaufsichtsbeamten hierzu bereit erklärt, wovon auch die Organisationen Gebrauch gemacht haben.

Dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes schließt sich der des Aufsichtsbeamten der Bergbehörde an.

Politische Neuigkeiten.

Das Echo der Baldwin-Rede.

Die Pariser Presse legt sich in ihren Kommentaren zur Erklärung des englischen Premierministers große Zurückhaltung an mit der augenscheinlichen Absicht, die weiteren Verhandlungen zwischen London und Paris nicht zu erschweren, ohne jedoch zu verschweigen, daß der englische Standpunkt von dem französischen noch weit entfernt ist.

„Petit Parisien“ schreibt, man sei glücklich, festzustellen, daß die Erklärung Baldwins eine aufrichtige Loyalität gegenüber der französisch-britischen Allianz darstelle. Das kabbalistische Blatt findet es bemerkenswert, daß die englische Regierung hinsichtlich der Reparationen klar zu versprechen gab, daß England sich anstrengen wird, nicht mehr Deutschland von der Zahlung auszuschließen, sondern es im Gegenteil bis zum äußersten seiner Kraft zum Zahlen zu bringen. Der „Matin“ findet, die Erklärung Baldwins lasse tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Rückbesetzung erkennen. Das „Journal“ schreibt, indem es auf die Frage, welchen Eindruck die Kundgebung der englischen Regierung hervorgerufen habe, antwortet, zuerst den Eindruck der Enttäuschung. Der „Gaulois“ behauptet, daß Frankreich und Belgien nicht die Initiative zu einer Antwort an Deutschland ergreifen hätten, anstatt diese einer Regierung zu überlassen, die im Grunde genommen die französische Politik nicht billigt. Der „Temps“ verrät eine erhebliche Enttäuschung über die Erklärungen des englischen Premier, worüber auch das Steigen des Frank nicht hinweg zu helfen vermag, umso mehr als man sehr genau weiß, daß die Bank von Frankreich viele Millionen für diese Besserung des Frankfraks zu diesem Zeitpunkt opfern mußte.

Die Stimmung der englischen Presse ist nicht einheitlich. Von den liberalen Mäthern kritisiert der Viscount George nachstehende „Daily Chronicle“ sehr scharf. Die Ansicht darauf, daß der französische Ministerpräsident einer Antwort auf die deutsche Note zustimmen werde, welche die Notwendigkeit der Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiische Kommission erklärt, sei sehr gering. Von den konservativen Mäthern geben die „Times“ und der „Daily Telegraph“ ihre uneingeschränkte Zustimmung zu der ministeriellen Erklärung Ausdruck.

Die belgischen Regierungskreise erklären, wenn man auch den Wortlaut der Rede Baldwins abwarten müsse, so könne man doch schon sagen, daß die von Baldwin ausgesprochenen Gedanken eine Entspannung bedeuten und die Annahme gestatten, daß die diplomatischen Besprechungen unter den Alliierten — weit davon entfernt, aufzuhören — mit erhöhter Intensität fortgesetzt werden.

In Rom wurde die Rede Baldwins mit großer Befriedigung aufgenommen, da sie die wesentliche Übereinstimmung Englands und Italiens nicht nur hervorhebt, sondern auch ausführlich belegt.

Berlin, 14. Juli. Wie die Mäther erfahren, kann die endgültige Stellungnahme der Reichsregierung zu der Rede des englischen Premierministers Baldwin erst erfolgen, wenn der Wortlaut der Rede vorliegt.

Die Berliner Mäther betonen, daß Baldwins Rede für Deutschland keine Enttäuschung bedeute. In dem französischen Wortlaut auf Barmen und Elberfeld stehen die Mäther eine politische Aktion gegen England, die als nicht mißzuverstehende Antwort auf die geistliche Regierungserklärung in England nicht ohne Wirkung bleiben könne. Außerdem sei die französische Aktion eine Fortsetzung der bisherigen Politik Poincarés Deutschland gegenüber, die dahin gehe, auf die Reichsregierung und die Bevölkerung Nordwestdeutschlands einen schweren Druck auszuüben, um Deutschland zur Kapitulation zu bringen. Trotz aller militärischer Gewaltmaßnahmen würden aber diese Forderungen des französischen Ministerpräsidenten zusehender gemacht werden.

Paris, 13. Juli. Eine Persönlichkeit, die in der Lage sei, die Ansichten der französischen Regierung nicht mißzuverstehen, erklärte einem Berichterstatter des „Echo“. Die Höflichkeit Stanley Baldwins dürfe Frankreich nicht über die ungetreuen Meinungsverschiedenheiten irreführen, die Frankreich und England trennten. Es liege übrigens nicht in der Macht Poincarés, auch nur das geringste am Ausbruch zu ändern, solange die deutsche Regierung nicht ein positives Widerstand und den Sabotagen ein Ende bereitet habe. Poincaré habe immer erklärt, daß Frankreich bereit sei, seine Kruppen nach Maßgabe seiner Zahlungen zurückzuführen. In dieser Beziehung sei es der französischen Regierung, die unterstützt sei von der öffentlichen Meinung Frankreichs, nicht möglich, ihre Entschlüsse zu ändern, umso weniger, als Deutschland in seinem Widerstand durch die Unterstützung Englands ermuntert werde. Solange man nicht sicher sei, bezahlt zu werden, werde man das Pfand des Ruhrgebietes behalten und nicht aufgeben.

Die Ruhrpolitik Frankreichs.

In Barmen sind Freitag früh französische Kruppen eingerückt. Die öffentlichen Gebäude wurden besetzt, ebenso die Reichsbank. Um 11 Uhr vormittags wurde die Stadt wieder

geräumt. Außer einigen Schutzpolizisten wurde der Reichsbankdirektor verhaftet. Sie wurden von den Franzosen fortgeschleppt.

Zur gleichen Zeit rückte französische Kavallerie in der Richtung auf Elberfeld vor. Eine Kavalleriepatrouille erschien am Kurzenrand der Stadt und erkundigte sich nach der Lage des Rathauses. Kurz darauf machten die Franzosen kehrt und zogen wieder ab.

Nach einer Vorausmeldung aus Düsseldorf sind gestern vormittag in Böhwinkel 60 Milliarden Mark beschlagnahmt worden, die angeblich von Privatpersonen in Berlin an eine Adresse in Köln geschickt worden seien. Die Summe sei konfisziert worden, weil sie nicht deklariert gewesen sei.

Die Lage der Stadt Duisburg hat sich nicht im geringsten gebessert. Die Bevölkerung hat unter den verhängten scharfen Strafen außerordentlich zu leiden. Wie verlautet, ist gestern abend ein deutscher Bürger, der am offenen Fenster seines dunklen Zimmers saß, durch einen Kaskettenschauer verletzt worden. Die arbeitende Bevölkerung ist durch die Strafen sehr betroffen. Sie hat bei der unerschütterlichen Hitze keine Gelegenheit, sich nach der Arbeit im Freien zu erholen. Besonders Kranke und Säuglinge sind durch die Sperre sehr gefährdet. Die festgenommenen Geiseln müssen nachts auf den Regieplätzen fahren und werden morgens gegen 7 Uhr wieder zurückgebracht und wieder festgesetzt. Bisher durften sie keine Besuche empfangen, auch nicht von Geistlichen und durften auch nicht am Gottesdienste teilnehmen. Zeitweise werden sie mit 3 oder 4 Mann in Gefängniszellen eingesperrt und erhalten Gefängnislohn, doch ist die Behandlung seit Anfang dieser Woche besser.

Von den französischen Agenten um Smeets und Genossen werden immer wieder Termine für die Ausübung der Republik im Rheinland angelehrt, die aber bisher niemals umgesetzt wurden. War aber bisher immer damit zu rechnen, daß die im französischen Gebiet befindlichen sogenannten Sonderbündler einen Putsch als eine aus der Bevölkerung hervorkommende Bewegung maschieren konnten, so ist heute damit nicht mehr zu rechnen. Die sogenannten Sonderbündler sind heute nicht nur bei der ganzen rheinischen Bevölkerung als das, was sie wirklich sind, nämlich Agenten bestimmter Politikerkreise und als jämmerliche Desperados bekannt, sondern auch in der ganzen Welt als solche discreditiert. Mit ihnen ist kein Staat mehr zu machen. Wenn ein Umsturz der staatsrechtlichen Verhältnisse im Rheinland veranlaßt werden sollte, so kann das nur durch die Franzosen geschehen. Sie werden dann aber die ganze Bevölkerung gegen sich haben. Ob sie das wagen werden, dürfte man doch bezweifeln. Allerdings muß man aber auf alles gefaßt sein, besonders da nicht von der Hand zu weisen ist, daß bestimmte Maßnahmen seitens der Besatzungsbehörden auf gewisse Absichten schließen lassen. Insbesondere sind die Bestimmungen der jüngsten Ordnung Nr. 103 der Rheinlandkommission, in dieser Richtung außerordentlich vielsagend. Die Verordnung stellt unter Strafe, wer Personen von der Ausführung solcher Handlungen abhalten will, die ihnen durch die verbündeten Behörden vorgefrieben oder zu denen sie durch diese ermächtigt sind; ferner, alle Handlungen gegen Personen oder Gesellschaften, die tatsächlich oder vermeintlich der Rheinlandkommission, den verbündeten Armeen oder deren Organen und dem zur Besatzung gehörigen Personal Dienste leisten, ihre Verbindungen befestigen oder bei ihnen Schutz gesucht haben. Hat nicht Dorten jüngst noch dringend Schutz in Paris gefordert? Gerade diese Verordnung, die ausdrücklich und fast ausschließlich auf den vorbereiteten „Separatistenputsch“ zugeschnitten ist, deutet jedenfalls darauf hin, daß die Augen offen zu halten sind.

Eine Bilanz.

Das beispiellose Anwachsen der schwebenden Schuld des Reiches in den letzten Monaten spiegelt die nachfolgende Tabelle wieder. Sie stellt die Entwicklung seit Anfang 1922 dar.

Datum	an diskontierten Schatzanweisungen und Schatzwechseln	Gesamte schwebende Schuld	Zunahme gegen Vormonat
1922 Ende Januar	255,7	270,3	6
Februar	262,8	277,3	7
März	271,9	281,1	3,8
April	280,9	289,4	8,3
Mai	289,2	299,8	10,4
Juni	295,1	311,6	11,3
Juli	307,8	329,0	17,4
August	331,3	355,6	26,6
September	450,9	528,4	172,8
Oktober	603,6	720,7	192,3
November	838,9	1166,0	445,3
Dezember	1494,9	2092,8	926,8
1923 Januar	2081,6	2781,3	688,5
Februar	3588,2	4628,2	1846,9
März	6601,1	8273,7	3645,5
April	8442,1	10291,2	2017,5
Mai	10274,9	12901,1	2609,9
Juni	22019,6	24926,2	12025,1

„Die Schönheit des Ingenieurbauperkes.“

(Zur Ausstellung des Badischen Arbeitsministeriums in der Badischen Landesgewerbestelle.)

„Was berührt uns die Frage der Schönheit eines Ingenieurbauperkes“, sagt sich vielleicht mancher, wenn er von der derzeitigen Ausstellung in den Räumen des Badischen Landesgewerbeamts liest. Für neuzeitliche Wasserwirtschaft, die uns löhlpfandende Kraft bringt, hat aus der Not der Zeit heraus auch der Nichtfachmann wenigstens ein gewisses Verständnis, aber was kümmert ihn die Schönheit einer derartigen Kraft-erzeugungsanlage, wenn nur ihre praktischen Erfolge den erhofften und erredneten Erwartungen entsprechen!

Ein Bild in die Ausstellung wird den noch säumigen und ägerrnden Besucher eines besseren belehren. Nicht allein, daß ein Stück unserer industriellen Entwicklungsgeschichte im Bild an uns vorüberzieht, daß mancher an Bauwerke erinnert wird, die ihm früher nichts besonderes zu bieten schienen — das beste Zeichen dafür, daß sie ihre Umgebung nicht stören — er wird auch in ihm fremde Gegenden geführt, wo die ganze geistliche Kraft der Großanlagen in materischer Bucht und Stimmung sich auch dem Laien aufdrängt, wo er die Wichtigkeit, den sozusagen personifizierten und konzentrierten schaffenden Menschengeist eindrucksvoll im Bild vorstellt bekommt, wo auch dem Unverständigen ein Dämmern von Deutschlands mächtigster Arbeits- und gewaltiger Kraftzentrale an Ruhr und Rhein aufgeht.

Aber auch anscheinend unbedeutende und kleinere Bauwerke werden vorgeführt und dabei dem Beschauer zum Bewußtsein gebracht, daß auch sie in einem, in die Umgebung sich einordnenden Verhältnis zu ihrem Standort stehen müssen, daß die Ausgestaltung und Estelleung z. B. von Transformatorhäusern

ebenfalls gleichgültig ist, wie die Führung des Leitungszuges einer Kraftanlage und die Bildung ihrer Masten.

Ohne besonderen Eindruck und ohne es zu sehen, ging mancher bisher an einer Eisenbrücke als reinstem Zweckbau, an einem, jeden Reizes baren Nachsteifen von Stahlbau vorüber, ohne sich aus Genossenschaft bewußt zu sein oder zu werden, wie nachteilig dieses die sonst an sich vielleicht schon nicht mit großen natürlichen Reizen ausgestattete Gegend beeinflusst. Ohne Kostenaufwand hätte man wohlfeillich mit einfachen Mitteln durch andere Stellung andere Gruppirung der Baumassen, — denn aufs Detail kommt es beim Ingenieurbau fast nicht an! — aus der Landschaft mindestens eine gewisse charakteristische Note, oft sogar ein gewisses zierendes, auf dem Reiz des Gegenstandes zwischen Kunstbau und Natur beruhendes Moment geben können!

Das Verhältnis zwischen Bauwerk im allgemeinen gesprochen und Ingenieurbau im besonderen zur Landschaft kommt dem Beschauer durch die gegebenen Beispiele zum Verständnis und oft staunen wir, wie mit schlichter Natürlichkeit unsere Vorfahren und noch frühere Zeiten die wichtige Frage von Bauwerk und Landschaft rein gefühlsmäßig glänzend lösten, auch ohne, daß jenen Bauwerken damals von Heimat- und seinen Zielen etwas bekannt war. Die Zeit des schnellen Aufstieges unseres Großgewerbes ließ das in erkrankten, früheren Perioden so weitende natürliche Gefühl für geschmackvolle Gestaltung und Einfügung von Zweckbauten in ihre Umgebung leider fast vollständig abhandeln, bis mit zunehmender Verneinerung der Ingenieurbautechnik und geschmackvollen Gemütern denn doch diese Übernehmung unserer Gegenden und das immer häufigere Auftreten von einzelnen Strebentrieben in der Schönheit von Stadt und Land zu viel wurde und die Heimatbewegung kräftig einsetzte, um noch zu retten was zu retten war und

aus der Tabelle ergibt sich, daß im letzten Monat die schwebende Schuld sich ziemlich genau verdoppelt hat; die letzten fünf Monate, die im Reich des Ruhestampfes stehen, brachten eine bisher beispiellose Steigerung der schwebenden Schuld. Die Tatsache, daß man den Auftrieb wieder nur mit der Notwendigkeit zu finanzieren suchte, hat demnach auf die Reichsfinanzen einen verhängnisvollen Einfluß ausgeübt, während die Sachwertbesitzer bei steigendem Warenpreis und Effektenkursen die Last der Geldentwertung auf die Allgemeinheit abwälzten, ohne entsprechend zu Steuern herangezogen zu werden.

Mark und Franken.

In einem „Mark und Franken“ überschriebenen Leitartikel einer Hamburger Zeitung, der von einem angesehenen Mitglied der führenden Wirtschaftskreise Hamburgs stammt, heißt es, Frankreich wisse genau, daß die Mark trotz ihrer Schwäche dem Franken überlegen ist, wenn Deutschland sich in dem zähen Abwehrkampf nicht zermürben läßt. Das Vorgehen Frankreichs sei von der inneren Angst und dem Bewußtsein diktiert, daß der französische Bankrott eher herbeizuführen könne als der deutsche. Den Franzosen sei klar, daß es sich um einen Ringkampf zwischen Mark und Franken handelt. Sie gingen immer unerbittlicher dazu über, die Maßnahmen der Reichsregierung zum Schutze der deutschen Währung zu durchkreuzen. Ja, sie scheuten nicht einmal vor der Falschmünzerei zurück. Wir schlagen, so schreibt das Blatt weiter, der Reichsregierung allen Entschluß vor, sich für den begangenen Mißbrauch und für die Falschmünzerei schadlos zu halten, indem sie in gleichem Umfange französische Banknoten herausgibt. Als Unrechtmäßigkeit hätte dabei der Markstand gegenüber dem Franken vor dem Rubreintritt zu dienen.

Kurze Nachrichten.

Berlin, 13. Juli. Die allgemeine Unsicherheit der Marktlage führte in der zweiten Woche zu außerordentlichen Preissteigerungen namentlich auf den Produktmärkten, die in Verbindung mit der weiteren Erhöhung der Kohlen- und Eisenpreise das allgemeine Preisniveau in der Zeit vom 8. bis 10. Juli von dem 38888fachen des Friedensstandes auf das 48644fache oder um 44 Prozent hob. Gleichzeitig stiegen von den Hauptgruppen der Lebensmittel im Großhandel von dem 29597fachen auf das 43633fache oder um 47 Prozent. Die Industrie stieg von dem 41737fachen auf das 57976fache oder um 39 Prozent, ferner die Zulieferwaren von dem 31051fachen auf das 49206fache oder um 49 Prozent, und die Einfuhrwaren von dem 47174fachen auf das 60843fache oder um 27 Prozent.

Leipzig, 14. Juli. Der Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt ist gestern aus der Untersuchungshaft in Leipzig entwichen. Zu seiner Wiederergriffung sind vom Oberreichsanwalt alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden. Die Flucht Ehrhardts wurde, wie das „Leipziger Tageblatt“ mitteilt, in der 6. Abendstunde gemerkt. Das Untersuchungsgefängnis wird von einer Anzahl Schupo-Beamten bewacht. Da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Flüchtling sich noch im Gebäude befindet, das Dach eines schadhafte Stelle auf. Einzelheiten über die Art der Flucht sind noch nicht bekannt. Zu der Flucht Ehrhardts verlautet, daß sie wahrscheinlich durch Helfer von außen her ins Werk gesetzt ist. Das Untersuchungsgefängnis steht mit dem Amtsgerichtsgebäude durch einen Gang in Verbindung, durch den die Gefangenen jeweils vorgeführt werden. Dieser Gang ist durch zwei Gittertüren zu einer Haustür abgeschlossen. Eine Gittertür wurde geöffnet vorgefunden. Die Augenklappen sind mit Nachschlüssel geöffnet worden. Die Flucht ging vor sich, als Ehrhardt heute nachmittag nach einem Bade im Erdgeschoss sich in seine Zelle im 3. Stock zurückgeben sollte. Nach dem Passieren des Ganges wurde die Tür von außen wieder geschlossen, und der Schlüssel fieden gelassen, so daß eine Verfolgung aus dem Innern des Gefängnisses heraus nicht möglich gewesen wäre. Aus dem Amtsgerichtsgebäude konnten sich die Flüchtlinge dann ungehindert entfernen.

Badischer Landtag.

Eine politische Debatte im Haushaltsauschuß.

Darüber berichtet der „Badische Beobachter“: Über die vergleichende Darstellung der Vorschlagsätze und Rechnungsergebnisse für die Budgetjahre 1918 und 1919, ferner über die Rechnungsergebnisse für die Jahre 1919 und 1920 berichtet Abg. Seubert (Zentr.). Die Ausübung der Kontrolle über die Verwendung der bewilligten Gelder ist eines der wichtigsten Rechte des Landtags. Die Überführung der Vorschläge sind von der Regierung zu begründen und müssen vom Landtag nachträglich genehmigt werden. Nach einem eingehenden mit vielen Zahlen besetzten Referat werden die veranschlagten Einzelposten aufgeführt. Die Mehrausgaben im ordentlichen Vorschlag betragen 36,5 Prozent, die Mehreinnahmen 43,5 Prozent.

An das Referat knüpft sich eine bedeutende finanzpolitische Aussprache. Der Finanzminister gab ein trübes Bild über unsere finanzielle Lage. Wir werden die Vorschlagsperiode 1922/23 mit einem Defizit von rund 175 Milliarden abschließen.

um auch die bisher hierfür Gleichgültigen wachzurütteln, auf daß unsere Mutter Natur nicht mehr zu starke und unschöne Gewalt angetan werde!

Schau und überzeuge Dich durch Deinen Besuch der Ausstellung, daß auch Du als Kulturträger nach Deinem Vermögen und auf Deine Art mitwirken sollst an der Erhaltung unserer Ideale, uns mit Pflicht zur Pflege von unseren Eltern und Vorfahren überkommene, heimatischen Landschaft, daß Du gegen jede verunzierende Verwahrlosung von Heimatboden Dich in Deinem und Deiner Kinder Interesse sowie zum Allgemeinwohl rechtzeitig wehren mußt, um Front zu machen gegen jede bare, geistlich- und taktlose, bloß allein zur berechnenden Ausnutzung unserer Heimat, der wir auch in Not und Gefahr treu bleiben und ein Hüter sein wollen.

Die Besichtigung der Ausstellung kann kostenlos täglich von 10—12 und 2—4 Uhr nachmittags, Samstags nur vormittags und Sonntags von 11—1 Uhr erfolgen. Gruppenweise, ebenfalls kostenlose Führungen wollen beim Arbeitsministerium erbeten werden.

Otto Linde.
Das 1. Oberreineische Kirchenmusikfest, welches in St. Blasien stattfinden sollte, wird am Samstag den 21. und Sonntag den 22. Juli in Freiburg a. B. abgehalten. Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Fr. Philipp. Zur Aufführung gelangen Werke von Mozart (Krönungsmesse, Ave verum, Motete), G. S. G. (Kantate), Palestrina, Orlando di Lasso (Missa Quinti Toni) Franz Philipp (Missa Capella Chöre „unser lieben Frau“) Anton Bruckner (Große Messe in F-Moll für Orchester, Soli und Chor). Der Hauptteil des Festes (Bruckner und Philipp) wird am Sonntag den 29. Juli im großen Ruppeldom zu St. Blasien eine Wiederholung erfahren. Die bisherigen anderlautenden Meldungen gingen von unmaßgeblicher Seite aus und werden hierdurch richtig gestellt.

Der Berichtende betonte, daß auch für die Kirchen weitere Aufwendungen zu machen seien; man dürfe aber alle diese Ausgaben auf ihren wirklichen Wert zurückführen. Die Rückwärtsbewegung im Reich dürfe nicht mitgemacht werden; Baden müsse deshalb die Einnahmen erhöhen in dem Maße, wie die Ausgaben steigen; das gälte besonders auch im Sinne einer entsprechenden Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer.

Darauf erwiderte der Finanzminister, daß eine neue Vorlage zur Erstellung des Gleichgewichts zwischen Steuern und Geldentwertung dem Landtag zugehe. Soll der Staat fernhin seinen Wald zu Papiermarkt hergeben, um anderen Kreisen den Erfolg eines Goldmarktfalles zu überlassen? Weder der Staat noch die Beamenschaft können rasch genug der Geldentwertung folgen, noch ihre erhaltenen Bezüge werbefähig erhalten. Die Dinge müssen grundsätzlich angepaßt werden.

Von demokratischer Seite wurden die Ausführungen des Ministers durchaus unterstützt, ebenso die Kritik des Vorsitzenden an der Reichsregierung. Von sozialdemokratischer Seite wurde gerügt, daß man die ausgewiesenen Beamten mit Rückbehalt aus Gefängnissen und Exzessbefehlen befreit, während die Großindustrie sich ihre Schäden in Goldwährung ersparen läßt. Der Regierungsbereiter berichtet über die Bestimmungen des Reichs, daß nämlich die Regimenter nur ein Notbegehren sein, bis sich das Schicksal der eigenen Möbel entschieden habe, die vielleicht wieder zurückgegeben würden.

Die Reichspolitik wurde in ihren praktischen Auswirkungen (Ausweisungen usw.) von sozialdemokratischer und Zentrumsseite in erschütternder Weise geschildert. Der Redner des Zentrums charakterisierte den Ernst des Augenblicks. Es sei aber für den Einzelnen, auch wenn er badischer Abgeordneter sei, unmöglich, das Ganze sicher und richtig zu beurteilen. Der Sprecher der deutschen nationalen Fraktion stellte sich heute die Seite ruhiger historischer Betrachtung in der hohen Politik. Warum konnte man nicht zur Zeit des Reichstanzlers Dr. Wirth schwierige Situationen ähnlich objektiv beurteilen? Ein Arbeitervertreter, der dem Zentrum angehört, warnte die Sozialdemokratie davor, das Ziel der Substitution aus dem Auge zu verlieren. Wir leiden, wir dürfen aber nicht vergessen, warum wir leiden.

Badische Uebersicht.

„Ein Mühlenskanal in Rastatt.“

Den in der Presse verbreiteten Mitteilungen über einen Mühlenskanal in Rastatt liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Nach der Besetzung des Karlsruher Rheinhafens mußten täglich größere Mengen Getreide, das zur Lagerung im Karlsruher Rheinhafen bestimmt war, umdisponiert werden. Von den Mühlen der Umgebung war u. a. auch die Mühle Zinher in Rastatt, einen erheblichen Teil zu übernehmen. Es handelte sich um deutschen nassen Roggen. Der Inhaber der Mühle erklärte, er habe geglaubt, durch ein rasches Wegmahlen des Roggens ein Verderben zu vermeiden. Der Roggen sei jedoch viel nasser gewesen, als ursprünglich angenommen, so daß die Lagerleistung der Mühle auf 50 Prozent herabsank. Da neben dieser außerordentlichen Zufuhr dieses Roggens noch die normalen Vorkräutungen durch die Reichsgetreidestelle weiterliefen, erhielt die Mühle mehr Getreide, als sie normalerweise lagern und pflegen zu können konnte. Seit jetzt, daß Zinher die für seinen Betrieb zu große Menge Getreides nicht so bearbeiten konnte, wie dies wegen des außerordentlichen hohen Feuchtigkeitsgehalts notwendig gewesen wäre.

Die Reichsgetreidestelle ist bereits am 12. Juni von ihrem Beauftragten für Baden schriftlich und telephonisch von dem Sachverhalt unterrichtet worden. Trotz wiederholter Vorstellungen hat die Reichsgetreidestelle erst in den letzten Tagen, nicht zuletzt auf die wiederholten nachdrücklichen Vorstellungen des Oberamtmanns in Rastatt, die notwendigen Verfügungen getroffen. Der fragliche Roggen wird zur Brotbereitung nicht mehr verwendet. Für die Lieferung einwandfreien Getreides ist gesorgt.

Kemmel u. Stresemann über die Haftung des deutschen Privatbesitzes.

Die badischen Rechtsparteien machten vor kurzem in Parlament und Presse ein großes Entrüstungsgetöse über die Heße von der Haftung des deutschen Privatbesitzes für die Forderungen der Entente aus dem Versaillesvertrag, die der badische Innenminister Kemmel in der vom Karlsruher „Volkstreu“ veröffentlichten Unterredung mit dem Reichstagsabgeordneten Schöpplin über die großen politischen Probleme des Augenblicks aufgestellt hatte. Im Landtag kam es darauf zu einer regelrechten Interpellation, und die deutsche nationale Presse suchte ihre Getreuen mit allen Mitteln der persönlichen Verheißung gegen den Staatspräsidenten aufzuspüren.

Nun kam am letzten Samstag in der Sitzung des Zentralvorstandes der deutschen Volkspartei in Reichstagsgebäude zu Berlin deren Vorsitzender und parlamentarischer Führer Stresemann gleichfalls auf diese Frage zu sprechen und führte dabei, nachdem er sich zur Politik der Erfüllung nach Möglichkeit bekannt hatte, nach dem Bericht der deutschliberalen „Badischen Post“ (Nr. 189 vom 11. Juli, 1. Blatt, Seite 1) das folgende aus:

„Mit dieser Frage steht ein anderer Gedankenkomplex in Verbindung, den ich kürzlich in einem Aufsatz über Politik und Wirtschaft berührt habe. Wir stehen heute vor der Frage: Wie weit wird es möglich und notwendig sein, daß wir über unsere Leistungsverpflichtung hinaus auch Garantien anbieten, die auf der deutschen Gesamtwirtschaft lasten. Wenn in diesem Zusammenhang gesagt wird, die Deutsche Volkspartei sei heute schon bereit, das deutsche Privatvermögen dem Feinde zu verpfänden, so ist das die denkbar größte Demagogie; denn es war immer klar, daß die Kriegsentwidlung durch Leistungen des Privatvermögens aufgebracht werden mußte. Die Frage ist nur, wie die Form der Wirtschaftsgarantie gegeben werden muß, und wie weit sie getragen werden kann. Die Wirtschaft ist eine der wenigen Kraftquellen, die wir besitzen. Sie ist für Deutschlands Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wenn wir über diese Garantieleistung der Wirtschaft nicht zu einer Verständigung kommen, so ist es mir zweifelhaft, ob wir die weitere politische Entwicklung überhaupt noch parlamentarisch in der Hand behalten können, ob nicht vielmehr der Radikalismus Gelegenheit bekommt, sich durchzusetzen.“

Was hier der führende Kopf der Deutschliberalen Volkspartei, der als Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller und geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Deutschamerikanischen Wirtschaftsverbandes gleichzeitig auch einer der einflussreichsten Führer der deutschen Wirtschaft ist, über die Verpfändung des deutschen Privatvermögens an den Feind“ sagt, ist in der Sache genau das Falsche, was der badische Innenminister und Staatspräsident dem Abg. Schöpplin gegenüber dazu geäußert hat. Die ihn auf der rechten Seite so geschäftig angegriffen — in erster Reihe die eigenen Parteigenossen Stresemanns — mögen nun, wie die „Mannheimer Volkstimme“ schreibt, zusehen, wie sie mit dem schweren Vorwurf deselben, damit die größte Demagogie getrieben zu haben, sich abzufinden vermögen.

Höhere badische Beamte u. Finanzminister

Die den Angriffen höherer Beamtenkreise gegen den hochläufigen Finanzminister Köppler ergreift nach dem „Badischen Beobachter“ nun auch den „Volkstreu“ das Wort und schreibt:

Wir glauben nicht, daß nur die Besetzungs- und Umwandlungsfrage gerade in höheren Beamtenkreisen eine gewisse Kampfstimmung gegen den Herrn Finanzminister erzeugt haben. Wir hören nämlich aufmerksam zu und kennen Land und Leute. Der Herr Finanzminister hat in der Augen gewisser höherer Beamtenkreise zwei ihnen verurteilt unangenehme Eigenschaften: er stammt nicht aus dem geheimräthlichen Mandarinentum, er hat also, wenn man so sagen darf, nicht die höheren Weihen von St. Michael empfangen. Das wird ihm wie vielen anderen Ministern der Republik immer wieder böß angekreidet. Und bestimmte Beamte der ersten bis dreizehnten Ordnung können es eben nicht erwinden, unter einem Chef tätig sein zu sollen, der nicht durch sämtliche Querschnitte der höheren Bürokratie gepreßt worden ist. Und wenn dann ein solcher Minister gar noch den Beweis liefert, daß er trotzdem etwas ordentliches zu leisten und vielleicht mangelnden Formalismus durch praktischen Verstand zu ersetzen vermag, dann erfordert es schon die Standeshöhe und die „Solidarität“, die den Ketten eigen ist, gegen einen solchen Minister feindselig gesinnt zu sein.

Ist aber dann gar bei einem solchen Minister noch die Gewohnheit vorhanden, daß er politisch demokratisch eingestellt und — jetzt kommt das Unerwartete — ehrlich republikanisch gesinnt ist, dann kennt die Bösartigkeit mancher Staatsdiener der — Republik keine Grenzen mehr. Wir haben wirklich keinerlei Reue, den Anwalt des Herrn Finanzministers zu spielen und sind überzeugt, er braucht uns auch gar nicht, wenn er irgendwie einen Strauß aufsetzen will oder ausfechten muß; der wackere Zentrumsmann Köppler ist kein Feind der Sozialdemokratie und der Finanzminister Köppler forderte auch schon unsere Kritik heraus. Aber das glauben wir doch sagen zu müssen bei dieser Gelegenheit: wenn die Reichsfinanz seit Jahren solchen Händen anvertraut gewesen wären, wie die badischen Staatsfinanzen, stände es finanziell um das Deutsche Reich erheblich besser. Und darum schauen wir uns auch nicht, den Treibern gegen den Herrn Finanzminister die Deutung zu geben, die sie ihrer Natur nach verdienen. Es geht bei diesen Treibern nicht nur um die Person des Finanzministers, ihre Urheber und Förderer haben sich erheblich weitere Ziele gesetzt. Worüber gelegentlich mehr zu sagen sein wird.“

Moralstatistisches aus Baden.

Nach Feststellung des Badischen Statistischen Landesamts hat während der Kriegsjahre und noch in der ersten Nachkriegszeit die Zahl der Ehescheidungen, der Selbstmorde, der unehelichen Geburten, der gewaltsamen Todesfälle usw. stark zugenommen. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen des Statistischen Landesamts scheint im Jahr 1922 ein Stillstand, ja ein teilweiser Rückgang dieser unerfreulichen Erscheinungen auf moralstatistischem Gebiet zu verzeichnen sein. So ist die Zahl der Selbstmorde, die im Jahre 1920 noch 450 betragen hatte, im Jahre 1922 auf 367 gesunken und hat damit den niedrigsten Stand der letzten 50 Jahre erreicht. Besonders bemerkenswert ist die starke Abnahme der Selbstmorde bei den Frauen, die während der Kriegsjahre eine starke Zunahme aufzuweisen hatten. Juridisch gesehen ist im Jahre 1922 die Zahl der Ehescheidungen (von 1142 im Jahre 1920 auf 991 im Jahre 1922), trotz der gewaltsamen Todesfälle infolge von Verbrechen und Vergehen; im Jahre 1919 hatte letztere Zahl 122 betragen, im Jahre 1922 ist sie, nach vorläufiger Auszählung auf 80 gesunken. Die Prozentzahl unehelicher Geburten war während der Kriegsjahre auf 13,3 der Höchstzahl des letzten Jahrhunderts, gestiegen, beträgt aber in den letzten beiden Jahren nur noch 9,4. Auch der Gefangenentand in den badischen Landesstrafanstalten hat im Vergleich zum Vorjahr abgenommen. Unerfreulich ist die Beobachtung, daß die Zahl der geistigen Erkrankungen infolge Alkoholismus in den letzten Jahren stark zunimmt. Im Jahr 1917 betrug die Zahl der in eine badische Irrenanstalt aufgenommenen Alkoholiker erst 30, im Jahre 1922 bereits das Vierfache; besonders auffällig ist die Zunahme der geistigen Erkrankungen infolge übermäßigen Gebrauchs von Alkohol in den Bezirken Mannheim und Heidelberg.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mosbach, 10. Juli. Es waren ungemein reichhaltige Tagungen, die im Zeichen der Inneren Mission hier vom 7. bis 9. Juli gehalten wurden. Die Südwestdeutsche Konferenz verhandelte unter Leitung von Geh. Konfessorialrat D. Kaiser von Frankfurt nach einem Referat von Landesjugendpfarrer Goring eingehend über das Jugendwohlfahrtsgesetz. In einer Abendfeier schloß der Pfarrer Schindler-Frankfurt das Leben und die Persönlichkeit des Grafen Albert von der Rede-Vollmarstein, eines Vorläufers der Inneren Mission. Am Sonntag Vormittag war Festgottesdienst des Badischen Landesvereins. Namens der Ortsgemeinde sprach Kirchenrat Bischer, der Festprediger Pfarrer Vogelmann-Friedrichthal legte die Gottesfrage „Wo ist dein Bruder Abel?“ auf das Gewissen der evangelischen Christenheit, und Pfarrer Goring gab als Vereinsgeistlicher ein Bild von der vielverzweigten Arbeit des Landesvereins. Gleichzeitig predigten Mitarbeiter in den Kirchen der benachbarten Gemeinden. In der hiesigen Kirche hielt noch Prälat D. Schmittkneuer einen Kindergottesdienst, dem auch viele Erwachsene anwohnten. Der ganze Nachmittag des Montags war den Berichterstattungen und der Beratung vieler wichtiger Fragen gewidmet; unter Leitung des Vorsitzenden Prälat D. Schmittkneuer wurde in enger Arbeit viel erledigt. In seiner Sonderversammlung am Samstag Nachmittag gab sich der Landesverband, zu dem sich die Einzelorganisationen und Anstalten in Baden zusammengeschlossen haben, in Sitzungen feste Darstellungsformen. Gleichzeitig tagte unter dem Vorsitz von Frau von Marschall der Frauenverband; in seiner öffentlichen Abendversammlung gedachte er der jüngst verstorbenen Gräfin Erbach, die den Verein der Freundinnen junger Mädchen geleitet hat. Am Sonntag Nachmittag fand wieder einmal im Anstaltsbaumgarten das Jahresfest der hiesigen Anstalt für Schwachsinnige statt; der Vorsitzende des Verwaltungsrates Pfarrer Fiedler begrüßte, Pfarrer Diemer-Durlach predigte davon, wie wir die Beschäftigung zum Mühevollen überwinden können. Inspektor Niehm erzählte vom Anstaltsleben, auch die Anstaltskinder trugen mit Gesängen und Reitationen Schönes zum Feste bei. Die Zahl der Teilnehmer war bei diesen Tagungen eine große. In den kirchlichen Feiern wirkte der hiesige Kirchenchor mit. Dankbar rühmten die auswärtigen Festgäste die Gastlichkeit der hiesigen evangelischen Gemeinde.

Mannheim, 13. Juli. Das Schöffengericht verurteilte den Tagelöhner Peter Jahnleitner wegen Hehlerei und Mützung zu fünf Jahren Gefängnis. Jahnleitner hatte sich, als er kürzlich wegen eines Treibriemensdiebstahls verhaftet werden sollte, unter französischem Schutz gestellt und verlangt, daß ein deutscher Kriminalbeamter von den Franzosen verhaftet wurde.

Mannheim, 12. Juli. In der Sitzung der Preisprüfungs-Kommission machte Regierungsrat Dr. Hofmann Mitteilung über die neuesten für Mannheim besonders errechneten Inbziffern. Danach ist die Teuerungszahl auf 2583,929 gegen 1000,000 am 30. Juni gestiegen. In den letzten drei Wochen ist das Preisniveau also um 146,8 Prozent, in den letzten fünf Wochen um 275,7 Prozent und gegen die Vorkriegszeit um das 254fache gestiegen. Die Mannheim'schen Teuerungsziffern sind stärker gewachsen, als die anderer Städte.

DZ. Kehl, 12. Juli. Das französische Militärgericht sprach am vergangenen Samstag folgende Urteile: Krauth wegen Erhebung der Weinstener 500 000 Mark Geldstrafe, Schmidt wegen Verkaufs von Stabscheinen, die zur Propaganda dienen, 1 Million Geldstrafe, Aderer, wegen Anfertigung hierzu 1 Monat Gefängnis u. 500 000 M. Geldstrafe, Müller wegen Verbotenen Waffenbesitzes 8 Tage Gefängnis, Klingmann wegen Abhaltung einer Versammlung ohne Genehmigung 4 Tage Gefängnis.

DZ. Offenburg, 12. Juli. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt kürzlich hier eine Kartellversammlung ab, die die verschiedenen gewalttätigen Eingriffe in die Eisenbahnanlagen durch Sprengungen usw. auf das schärfste verurteilte und derartige Akte den Nationalsozialisten und ihnen nahestehenden Kreisen zuschob. Die Versammlung faßte folgende Entschlüsse: Die in Offenburg stattgefundenen Kartellversammlungen der Freien Gewerkschaften wendet sich in aller Schärfe gegen die in letzter Zeit von Nationalsozialistisch-börslicher Seite begangene Sabotageakte an den Eisenbahnen der besetzten Gebiete. Sie verlangt von der badischen wie von der Reichsregierung, daß diese Elemente, wenn sie sich in das unbesetzte Gebiet geflüchtet haben, sofort verfolgt und rücksichtslos bestraft werden. Die Versammlung erließ in dem Kreise dieser verruchten Attentäter ein scharfes Verbot, dem siebts Menschenleben zum Opfer fallen und das der unschuldigen Bevölkerung im besetzten Gebiet nicht nur schweren Schaden zufügt, sondern uns auch die letzte Sympathie im Auslande nimmt. Sollte in dieser Hinsicht auch im Offenburger Gebiet derartige unstatige Handlungen nochmals vorkommen, so wird die organisierte Arbeiterkraft, so weit es in ihren Kräften steht, alles daran setzen und mithelfen, daß diese verblendeten Attentäter gefaßt und ohne Rücksicht auf die Person der gerechten Strafe angeführt werden.

DZ. Oberweiler, 12. Juli. Bei der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterversammlung fiel die Wahl auf Ullrichs Spät, für den 201 Stimmen abgegeben wurden.

DZ. Billingen, 12. Juli. Wie das „Billinger Volksblatt“ berichtet, wurden am vergangenen Samstag in einem hiesigen Hotel 7 größtenteils Auswärtige, auf der Durchreise befindliche angebliche National-Sozialisten in Schutzhaft genommen, am Sonntag jedoch wieder entlassen. Wie verlautet, hat die Staatsbehörde die weitere Behandlung der Angelegenheit in die Hand genommen.

DZ. Freiburg i. Br. 12. Juli. Der Umbau des Augustiner-Klosters in das neue städtische Museum dürfte so fertiggestellt werden, daß das Museum voraussichtlich im Oktober d. J. eröffnet werden kann. Sein umfangreicher Inhalt wird vor allem das Verständnis für den handwerklichen Fleiß, für die große Geschicklichkeit und für die hohen künstlerischen Leistungen unserer Vorfahren wecken. Für die Ausgestaltung des vor dem Museum liegenden Platzes nach der Gerberau zu werden vom Bürgerausschuß etwa 35 Millionen angefordert. Die gärtnerischen Anlagen sollen bei Bedarf auch als Freilicht-Museum Verwendung finden.

DZ. Freiburg i. Br. 13. Juli. Der gestrige Bürgerausschuß behandelte auch die Vornahme eines außerordentlichen Holzschnebes, um die nötigen Mittel für das Holzwerk zu beschaffen. In seiner überaus wichtigen Mehrheit erklärte sich der Bürgerausschuß damit einverstanden. Oberbürgermeister Dr. Bender teilte mit, daß die Verhandlungen über das Holzwerk wesentlich gefördert worden sind, daß aber die Ansprüche des Staates auf Einfließung der Stromleitung des Holzwerkes in die des Badenwerkes und anderes das Zustandekommen sehr erschweren. Die Stadt habe aber das Vertrauen, daß doch noch ein Weg gefunden werde, welcher der Stadt die nötige Selbstständigkeit gewähre. Der Holzschnebe an und für sich stelle einen schweren Eingriff in die Vermögenssubstanz der Stadt dar, das Opfer müsse aber im Interesse des Holzwerkes gebracht werden.

DZ. Murg, 12. Juli. Infolge Lohnunterschieden ist die Arbeiterchaft der Firma Hüßli und Künzli am 10. d. M. in den Streik getreten.

DZ. Überlingen, 13. Juli. In der letzten Gemeinderats-sitzung berichtete der Bürgermeister, daß die Finanzierung des Kraftwerkes für die letzte Woche und einen Teil der laufenden Woche durch Aufnahme eines Darlehens von 500 Millionen Mark, gelungen sei. Für die nächste Zeit macht sich jedoch eine weitere größere Aktion erforderlich, mit der sich der Bürgerausschuß befassen wird, nach dem die diesbezüglichen Bestrebungen zu einem greifbaren Erfolg geführt haben.

DZ. Konstanz, 13. Juli. Anlässlich des 80jährigen Jubiläums des Badischen Gustav-Adolf-Vereins wurde der hiesige Stadtpfarrer Otto Randt von der theologischen Fakultät der Heidelberger Universität zum Ehrendoktor der Theologie ernannt.

Aus der Landeshauptstadt.

Aus der Stadtrats-sitzung. Auf Grund der Vorschriften des Landessteuergesetzes (Finanzausgleichsgesetzes) wird vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses eine Getränkesteuer an Stelle der Verbrauchsteuer eingeführt. — Die durch Stadtratsbeschluss vom 21. Juni d. J. für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September vorgesehenen Gebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Kanalreinigung und Abtraggebühren werden mit Rücksicht auf die seit 1. Juli erneut gestiegenen Beiträge für Fuhr- und Arbeitslöhne nochmals erhöht, und zwar sind namentlich zu erhöhen: für Straßenreinigung 14 M., für Müllabfuhr 156 M., für Kanalreinigung 84 M. und für Gebührentragung oder Entwermsung 164 M. von 100 M. Liegenschaftsteuerverwert. — Von dem beim Fabrikanten der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe neu erschlossenen Industriegebiet werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses weitere 6600 Quadratmeter zwecks Errichtung einer Lagerhalle veräußert.

DZ. Postverkehr mit dem badischen Einbruchgebiet. Aus besonderem Anlaß wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem badischen Einbruchgebiet in keiner Weise beschränkt ist.

Firmung. Erzbischof Dr. Feil hat nach dreitägiger Aufenthalt Karlsruhe wieder verlassen, nachdem er in der St. Stephanskirche den Firmlingen aus der Stadt, den Borotten und denen von Durlach die Firmung gespendet hatte. Der Oberbischof besuchte auch die Diasporagemeinde Mielingen und deren katholisches Gotteshaus und den Stadteil Miltheim und dessen katholisches Gotteshaus.

Staatsanzeiger. Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:
Kottenmeister Arthur Jungmichel zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Entlassen auf Ansuchen:
Kriminalsekretär Paul Bauer in Mannheim.

Zustizministerium.

Ernannt:

Die Justizobersekretäre Karl Ginter beim Amtsgericht Karlsruhe und Wilhelm Wagner beim Amtsgericht Rastatt zu Justizinspektoren; Kanzleiasistent Anton Winkler beim Rotariat Pfullendorf zum Kanzleisekretär; Kanzlistin Rosa Friedrich beim Landgericht Mannheim zur Kanzleiasistentin; Aufseher Rudolf Bräutigam bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zum Oberaufseher.

Berufen:
Regierungsrat Dr. Alfred Leberle beim Staatsministerium zum Justizminister; Justizobersekretär Karl Frennbach beim Rotariat Bruchsal zum Amtsgericht daselbst; Aufseher Heinrich Rübner beim Amtsgefängnis Lörrach zum Landesgefängnis Mannheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:
Hauptlehrer Otto von Langsdorf an der Volksschule in Eberbach zum Rektor daselbst.

Berufen:

Professor Wilhelm Schäd an der Höheren Mädchenschule in Laub an die Elisabethschule in Mannheim; Professor Dr. Theodor Ubrig an der Elisabethschule in Mannheim an die Höhere Mädchenschule in Laub; Professor Leopold Well an der Realschule in Madolszell an die Aufbaurealschule in Laub; Reallehrer Anton Weigenecker von der Höheren Bürgerschule in Hornberg an die Realschule in Triberg.

Arbeitsministerium.

Wasser- und Straßenbaudirektion.

Durch Entschließung des Staatsministeriums ernannt:
Baurat Joseph Kimmayer in Karlsruhe zum Referenten bei der Wasser- und Straßenbaudirektion.

Durch Entschließung des Arbeitsministeriums:
Zurücksetzung auf Ansuchen wegen vorgerückten Alters:
die Straßenwärter: Philipp Lindenbach in Altmühl und Georg Maurer in Friedrichsdorf.

Ernennungen zur Baubauverwaltung:
die Baubauverwalter: Benjamin Hügel in Freistadt und Heinrich Matthis in Offenburg.

Durch Entschließung der Wasser- und Straßenbaudirektion:

Ernannt:
der Baufeldwart Karl Bily bei der Wasser- und Straßenbaudirektion zum Baubauverwalter.

Berufen:
der Oberstraßenmeister August Berger in Krozingen zur Wasser- und Straßenbaudirektion.

Aus dem Bereich des Rechnungshofs:

Ernannt:
Revisionsinspektor Hermann Goldschmidt zum Revisionsoberinspektor.

Verstorben:

Oberstraßenmeister Friedrich Göb in Karlsruhe, Oberstraßenmeister Wilhelm Graf in Wertheim, Straßenwärter Peter Illig in Kglasterhausen.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) zu Karlsruhe.

Bekanntmachung

(an Stelle eines Prospektes)

betreffend die Ausgabe von auf den Inhaber lautenden

5zinsigen Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1923 im Gesamtwert von 625 000 Tonnen Kohle

(weitaufliche Fettflammmuß IV, gefiebt und gewaschen, ab Jede einschl. Steuer).

Mit Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 8. Mai 1923 Nr. II b 5895 ist angeordnet worden, daß es vor der Einführung der Teilschuldverschreibungen an den Börsen in Berlin und Frankfurt a. M. der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.

Die Teilschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und werden in 5 Serien zu je 125 000 t Kohle ausgegeben. Jede Serie ist in folgende Stücke eingeteilt:

Buchstabe A Nr.	1-- 1250 = St. 1250 zu 10 t = 12500 t
B "	1251-- 6250 = " 5000 " 5 t = 25000 t
C "	6251-- 21875 = " 15625 " 2 t = 31250 t
D "	21876-- 59375 = " 37500 " 1 t = 37500 t
E "	59376-- 96875 = " 37500 " 0,5 t = 18750 t

eine Serie = 125000 t

Die Teilschuldverschreibungen sind vom 1. Februar 1923 ab mit jährlich 5 v. H. verzinslich. Die Zinsen sind am 1. Februar und 1. August jedes Jahres, erstmalig am 1. August 1923 fällig. Jeder Teilschuldverschreibung sind 20 halbjährliche Zinscheine und ein Erneuerungsschein beigegeben.

Die Tilgung der Anleihe erfolgt zum Nennwert im Wege der Auslösung oder des freihändigen Rückkaufs mit jährlich mindestens 1 v. H. der Gesamtzahl der Kohlenmenge der Anleihe zugänglich ersparter Zinsen nach Maßgabe eines besonderen Tilgungsplanes; die fälligen Tilgungsraten werden jeweils am 1. August, erstmalig am 1. August 1923 gezahlt.

Die Auslosungen finden im Monat April jedes Jahres statt, erstmals im April 1923. Vom Jahre 1923 ab ist verstärkte Auslösung oder auch Kündigung sämtlicher noch ausstehenden Teilschuldverschreibungen mit einer Frist von drei Monaten zu einem Zinstermine, zuerst also zum 1. August 1923 zulässig.

Verlosungslisten können bei unserer Gesellschaft in Karlsruhe sowie bei den in den Anleihenbedingungen und auf der Rückseite der Zinscheine und Zinscheinanweisungen aufgeführten Banken kosten- und stempelfrei bezogen werden.

Die zur Auszahlung gelangenden Beträge für Verzinsung und Tilgung werden nach dem Durchschnittskohlenpreis berechnet, der sich ergibt aus den täglichen Kohlenpreisen für weitaufliche Fettflammmuß IV, gefiebt und gewaschen, ab Jede einschließlich Steuer, während der den Zahlungsterminen vorhergehenden Halbjahre vom 1. Januar bis zum 30. Juni (für die Zahlungen am 1. August) und vom 1. Juli bis zum 31. Dezember (für die Zahlungen am 1. Februar). Sollte die bezeichnete Kohlenart nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Weise gehandelt werden, so tritt an ihre Stelle eine ihr nach der Entscheidung des Badischen Handelstages gleichwertige Kohle.

Die Fristen für die Verjährung des Anspruchs auf Zinsen und Einlösung der Teilschuldverschreibungen sind die gesetzlichen. Zur Sicherheit der Forderungen aus den Teilschuldverschreibungen nebst Zinsen wird eine Realhaft gemäß § 1105 BGB. auf das Nurgewerk I. und II. Ausbau und auf die Leitungsbauwerke, die der Schuldnerin derzeit gehören oder aus Mitteln dieser Anleihe erstellt werden, eingetragen. Ferner hat für das Kapital und die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen das Land Baden auf Grund des Gesetzes über die Landeselektrizitätsversorgung vom 14. Dezember 1923 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 955) die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Teilschuldverschreibungen sind reichsmündelicher.

Wir haben uns verpflichtet.

1. alle diese Kohlenwert-Anleihe betreffenden Bekanntmachungen insbesondere alsbald nach den Zeichnungen der Nummern der gezogenen Stücke sowie gleichzeitig, aber jährlich mindestens einmal, eine Liste der früher ausgelosten, aber noch nicht eingelösten Stücke im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger sowie im Badischen Staatsanzeiger (Karlsruher Zeitung) und in einer zweiten in Berlin sowie in einer in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitung zu veröffentlichen;

2. die Zinscheine dieser Wertpapiere sowie die gekündigten und ausgelosten Stücke kostenfrei bei der Kasse unserer Gesellschaft in Karlsruhe sowie bei den in den Anleihenbedingungen und auf der Rückseite der Zinscheine und Zinscheinanweisungen aufgeführten Banken in Berlin, Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt a. M. einlösen und daselbst auch die neuen Zinscheinbogen ausgeben zu lassen und im Falle einer Konvertierung der Anleihe eine Stelle einzurichten und bekanntzugeben, bei der die Konvertierung kostenfrei erfolgt.

Die Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk) zu Karlsruhe ist am 6. Juli 1921 gegründet worden mit einem Grundkapital von 80 000 000.— M., welches inzwischen auf 600 000 000.— M. erhöht wurde. Das gesamte Aktienkapital befindet sich im Besitz des Landes Baden.

Karlsruhe, im Mai 1923.

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk).

Der Vorstand.

geg. D. Helmle, geg. Fettweis.

M. 22 000 000.— 4 1/2% ige landesherrlich genehmigte Hypothekar-Anleihe Sr. Durchlaucht Fürst Max Egon zu Fürstenberg und der Fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg zu Donaueschingen.

Im Auftrage Sr. Durchlaucht des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg und der Fürstlichen Standesherrschaft Fürstenberg zu Donaueschingen erbieten wir uns, die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen obiger Anleihe, die zum 1. Oktober 1924 gekündigt werden soll, zu einem Preise von 300%, zuzüglich 4 1/2% Stückzinsen vom Nennbetrage bis zum Tage der Zahlung zurückzukaufen.

Die Inhaber der Teilschuldverschreibungen, welche von diesem Anerbieten Gebrauch zu machen beabsichtigen, bitten wir, ihre Teilschuldverschreibungen nebst Zinscheinen vom 1. Oktober 1923 u. ff. ab und Erneuerungsschein bis zum 1. Oktober 1923 bei den nachstehend bezeichneten Stellen einzureichen:

in Berlin	bei der Deutschen Bank, Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Frankfurt	Mitteldeutschen Creditbank, Deutschen Bank, Filiale Frankfurt, Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Frankfurt,
Mannheim	Deutschen Vereinsbank, Mitteldeutschen Creditbank, Rheinischen Creditbank.

Der Rückkauf erfolgt zu dem angegebenen Termin zum Nennwert mit einem Zuschlage von 200%, also mit M. 6000.— für das Teilschuldverschreibungsstück von M. 2000.— M. 3000.— " " " " " M. 1000.— M. 1500.— " " " " " M. 500.— und 4 1/2% Stückzinsen vom Nennbetrage bis zum Zahlungstage.

Die Börsenumsatzsteuer wird von uns getragen.

Heidelberg, im Juli 1923.

Grundstücks- und Effekten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.

Braunkohlen-Vertrieb

für ganz Baden gegen Provision oder eigene Rechnung zu vergeben.

In Frage kommen nur solche Firmen, die bei der Industrie gut eingeführt sind und den fraglichen Bezirk ganz intensiv bearbeiten können. Ausführliche Offerten unter B. 628 an die Exped. der Karlsruher Zeitung erbeten.

Für Wandern und Reisen!

Die Oberflächenformen des nördlichen Schwarzwaldes

Von Dr. HEINRICH SCHMITTHENNER
Mit 6 Abbildungen und 1 Tafel. Grundpreis 3,40 M.
Inhalt: Einleitung. — I. Die Vorgänge der Verwitterung. — II. Die Entstehung der Hochflächen. — III. Die Täler. — IV. Die glazialen Formen. Rückblick u. Zusammenfassung.

Studien zur Talgeschichte der großen Wiese i. Schwarzwald

Von Dr. BERNHARD BRANDT
Mit 2 Karten und 3 Tafeln. Grundpreis 2,70 M.
„Die Arbeit ist als guter Beitrag zur Geschichte des südlichen Schwarzwaldes zu begrüßen.“
(Petermanns Geograph. Mitteilungen.)
Grundpreis x Schlüsselzahl (s. Z. 15000) = Papiermarkpr.
Verlag G. Braun in Karlsruhe, Karlsruherstr. 14

Bettstellen

Unsere nur erstklassigen, allgemein eingeführten und nachweislich taufenfach freigegebenen glänzend begutachteten aus Metall für Erwachsene und Kinder, Stahlmatratzen, Polster, Decken, Federbetten liefern wir frachtfrei direkt an Private zu günstigen Preisen und Beding. Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bekanntmachung.

Die Tilgung des 4%igen Anlehens der Stadtgemeinde Baden-Baden von 1919 geschieht im Jahre 1923 durch Rückkauf. Die Tilgungssumme ist bereits gedeckt durch freihändigen Ankauf von Schuldverschreibungen. Baden-Baden, den 7. Juli 1923. Der Oberbürgermeister: Fietzer.

Städtisches Konzerthaus

Leitung: St. 606
Direktor Adalbert Steffter.
Heute Samstag, abds. 7 1/2 Uhr
Yuschi tanzt.
Staps: Rolf Berko vom Theater an der Wien a. G.
Morgen Sonntag abds. 7 1/2 Uhr
Yuschi tanzt.
Staps: Rolf Berko a. G.
(Sonntag nachmittag findet keine Vorstellung statt.)
Montag, den 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Die Försterchristel.
gleichzeitig auch für Mitglieder der Volksbühne U 3.
Dienstag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Die lustige Witwe.
Valencienne: Lotte Lange-Bake und Rosillon; Franz Schwerdt vom Landestheater Karlsruhe a. G.

Nationalkassen

beide Nummern. erbet. Kauf Bügler, Berlin, Potsdamerstraße 38. 8648
Ein im Sparfassenwesen bemerkenswerter
Assistent(in)
zur Übernahme einer Assistentenstelle (Kasse oder Büro) auf 1. Aug. d. J. gesucht. B. 634
Vermittlung nach Gruppe V der Reichsbeschäftigung. Bewerbungen unter Bezugnahme auf die Besondere Verwaltung der Stadt Sparfassen-Ettlingen.
Auf dem Haltepunkt Neckenau Tunnel wird ab 1. August 1923 die Abfertigung von Gepäc- und Erzeugnissen aufgegeben. Karlsruhe, 12. Juli 1923 Reichsbahndirektion.

Druck der Karlsruher Zeitung